

vierteljährlich
Mark 1.50
jährlich
Mark 5.00
Halbjährlich
Mark 2.50
Einzelhefte
Mark 0.50

gegründet 1877.



Die 10tägige Beil.
über deren Raum
30 H. Die Beil.
Lammelle oder de-
ren Raum 75 H.
Mittelwöchentlich
Auftrag 1.1.20.
Bei Eilbestellungen
entsprechender
Mehrw. Bei ge-
richtl. Entscheidung
u. Kosten für die
Mehrw. 100 H.

Verantwortl. Hr.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 68 | Druck und Verlag in Altensteig. | Freitag, den 19. März | Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. | 1920.

Tagung der deutschen Nationalversammlung in Stuttgart.

Stuttgart, 18. März.

Der geschichtlich denkwürdige Tag, an dem die deutsche Nationalversammlung in Stuttgart in schwerer Zeit zusammen trat, trug schon in seinem Außern den Charakter einer außerordentlichen Begebenheit. Vom Kunstgebäude am Schloßplatz wehten die Fahnen des republikanischen Deutschlands. Scharfe Sicherheitsmaßnahmen und ein großes Aufgebot von Polizeiwachmannschaften vor und im Versammlungshause mahnten an den Ernst der Stunde. In der Kuppelhalle des Kunstgebäudes sammelten sich gegen 4 Uhr ungefähr 200 Mitglieder der Nationalversammlung, darunter 3 Deutsch-Nationale und ein Mitglied der Deutschen Volkspartei. Der Platz des Präsidenten war mit einem großen Blumenstrauß, die Rednertribüne mit den Reichsfarben geschmückt. Vor ihnen hatten die Reichsminister Bauer, Müller, Koske, David, Bell, Koch, Giesberts und Unterstaatssekretär Röske sowie die Vertreter der süddeutschen Regierungen Platz genommen.

Präsident Fechenbach eröffnet um 4.15 Uhr die Sitzung und gab eine große Anzahl von Telegrammen der Abgeordneten bekannt, die ihr Verbleiben entschuldigen, darunter auch die Herren aus Berlin von der Deutschen Volkspartei, die mitteilten, daß für sie keine Reisemöglichkeit bestehe. Auch eine Reihe anderer Abgeordneter aus Berlin konnte von dort nicht rechtzeitig fortkommen. Der Präsident fuhr fort: Leichtfertiger ist eine Revolution wohl noch nie in Szene gesetzt worden, als der Putsch der Kapp, Lüttwig und Genossen. (Sehr richtig.) Unser Feinde schienen zu der Einsicht zu kommen, daß es unmöglich sei, den Friedensvertrag aufrecht zu erhalten. Im Innern begann Ordnung einzutreten, die Hoffnung wachte im deutschen Volk wieder auf. Diese ruhige Entwicklung entspricht nicht dem Geiste von Menschen, die viel vom Vaterland reden, aber ihre persönlichen und Parteinteressen nicht dem allgemeinen Wohl unterzuordnen verstehen. (Lebhafte Beifall.) Es ist ein ungeheures Verbrechen am deutschen Volk begangen worden. Wege den Menschen, auf denen die Bewusstseinsbildung die Revolutionen führt. Wege den Verführern, die nicht bloß selbst den Eid, den sie der Verfassung geschworen, brachen, sondern die es auch über sich brachten, die unterstellten Mannschaften zum Ungehorsam zu verführen, den Truppen, die treueblieben, sagen wir unsere herzlichste Anerkennung. (Bravo.) Dank auch dem großen Beamtenkörper, der mit verschwundenen Ausnahmen seine Pflicht in Treue ausführte. Dank auch dem deutschen Volk, das namentlich im Süden und Westen die Treue zur demokratischen Verfassung bewahrte. (Beifall.)

Wit Inniger Freude und Genugtuung haben wir von dem Abstimmungsresultat in der 2. Zone in Schleswig Kenntnis genommen. Unseren Gründern in Schleswig unseren herzlichsten Gruß und unsere besten Wünsche. (Beifall.)

Staatspräsident Blas begrüßte die Nationalversammlung namens der württembergischen Regierung und wünschte ihren Arbeiten besten Erfolg. Das deutsche Volk in seiner ungeheuren Mehrheit verwerte die Putschpläne in Berlin. Württemberg habe in alter Zeit das Recht gehabt, die Sturmflut voran zu tragen. Heute erfüllt es Württemberg mit stolzem Bewußtsein, daß es der Nationalversammlung seinen Beitrag zu leisten vermöge. Mögen die Verhandlungen die notwendige Klarheit und Entschlossenheit zeigen.

Reichskanzler Bauer: Regierung und Nationalversammlung haben zum zweiten Mal, dem Innern brutalster Gewalt folgend, um das Leben der deutschen jungen Republik zu retten, Berlin verlassen müssen. Nicht um ein Partiregiment durchzuführen, sondern um vom Reich den Zusammenbruch, die Bedrohung von innen und außen fern zu halten. Sodann gibt der Reichskanzler eine Darstellung der Ursachen und Vorgänge des Berliner Putsches und betont, daß v. Lüttich eine Verhöhnung der Reichswehr und eine Verhöhnung der Revolution verlangt habe. Bezeichnend für Kapp sei, daß er im November 1918, dem damaligen Reichskanzler Ebert einen Ehrenbesuch abstattete und seine Loyalität versichert. Die Leute, die in den letzten Monaten das Maul nicht groß genug aufreissen konnten, sie haben Herrn Kapp unterstützt. Auch der Admiral v. Reuter, der zu der entscheidenden Kabinettsitzung zugezogen war, habe sich später zu den Leuten um Lüttich geschart. Wenn die Führer nicht durchgedrungen sind, so ist dies dem Verhalten der Beamten auf den Ministerien mitzubenken. Kapp hat eine große Revolution für Reichminister entfaltet. Diese ist lediglich eine verästelte Revolution für reaktionäre Ziele. Es ist gewiß, daß die gelangten Leute bestraft werden sollen. Aber in einem parlamentarischen Deutschland kann man nicht nur unpolitische Fachminister haben. Ein führender Politiker und gelehrter Sachmann in einer Person muß das Minimum bekleiden. Die schwersten Verurteilungen wurden gegen Eberberger gerichtet. Trotz der ungeheuren Missetate und des schwerwiegendsten Verfalls muß man sagen, daß es kaum einen tüchtigeren Fachminister gegeben hat, als Eberberger. Was für Fachminister uns die Reaktion beschereu würde, das erfahren wir aus der Beratung des Kulteministers und des neuen Tageszeitungsschleiers als Wirtschaftsminister.

Es sind Vorwürfe gegen die Regierung gerichtet worden, sie hätte ruhig in Berlin bleiben und sich mit den Führern auseinandersetzen sollen. Aber der Erfolg unserer Politik schließt jeden Einwand nieder. Es hätte den Staatsfeindern nichts besseres begegnen können, als wenn wir in die Falle gegangen wären. Die Regierung hat den Widerstand gegen den Staatsfeind organisiert, sie hat die Reichswehr in der Hand behalten. Das ganze Volk erhob sich und stellte sich hinter die Revolution, es rief nach Waffen gegen die deutschnationale Reaktion.

Die ostfeindlichen Junker und die Offizierskaste. Die Altschlesier die Vaterlandskameraden, Oberst Bauer und General Eberdorff sind die Drahtzieher. Ludendorff war einer der ersten, die auf der Reichsversammlung in Weimar. Nach 5 Tagen haben wir den Sieg auf der ganzen Linie. Der Verrat ist gescheitert, daß in der deutschen Republik sich keine Militärdiktatur halten kann. Den Helfern und Missetätern im Kampf sei herzlich Dank gesagt, auch der deutschen Arbeiterschaft, an deren Widerstand das Abenteuer gescheitert ist. Das Verbrechen Kapp hat uns um Monate, wenn nicht um Jahre zurückgeworfen.

Unsern herzlichsten Glückwünsche senden wir den Deutschen Schleswigern, die in Flensburg und im ganzen Abstammungsgebiet für Deutschland gekämpft und gestrebt haben. Dieses Behauptnis zum Deutschland muß auch der verbitterte Gegner anerkennen.

In Schlesien und Ostpreußen herrschen noch die Helfershelfer der Kapp und Genossen. Aber ihre Herrschaft wird nach Tagen fallen.

Der Nationalistenaufstand hat die extreme Gegenbewegung nachgerufen, die kommunistische Welle ist im Steigen begriffen. Der Ruf nach der Diktatur des Proletariats erschallt, der Bolschewismus von links droht. Wir werden fortan jede Gewalt zu unterbinden, die gegen die Verfassung steht. Jeder Tropfen Blut, der noch fließt, kommt auf die Haupter Kapp und Genossen und die deutschnationalen Helfershelfer, deren Namen mit Fluch und Abscheu genannt werden müßten.

In der Ruhrgegend heißt es, in vielen neu anfangen. Die Militaristen und Nationalisten hätten sich nicht 5 Tage halten können, wenn der Verrat von Berlin nicht an den Wurzeln unserer Lebensfähigkeit getroffen hätte. Es ist die größte Gefahr für die deutsche Republik, wenn unauflöslich unerkennbare Forderungen gestellt und wenn das Volkswort dadurch aufgehoben und ebenbürtig Wasser auf die Mühlen der Nationalisten getrieben wird. Die Regierung wird bald nach Berlin überföhren. Der stellvertretende Kanzler hat die Geschäfte übernommen. Strengstes Gericht wird mit den Reichsverweirern gehalten werden. Die Reichsregierung wird das Vermögen dieser Leute beschlagnahmen, der Nationalversammlung ein Geiseln vorlegen, das scharfe Schwert vorziehen, darunter völlige Vermögensentziehung. Die Reichswehr wird geläubert werden. Die Unterwerfung muß genau zwischen Führern und Verführern, zwischen Geführten und Verführten unterzeichnen. Niemand, der Schuld trägt, darf der Sühne entgehen. Die Reichsregierung hat in keinem Augenblick versucht, in Verhandlungen einzutreten. Es haben auch keine Veränderungen stattgefunden. Reichsminister Schöner erklärt ausdrücklich, daß Kapp befangenes Kapitalist habe.

Wir danken den schwäbischen Stammesbrüdern für ihre Gastfreundschaft. Wir wollen den Wahlkampf mit hinaus nehmen, der seit alterher im schwäbischen Wappen steht und der fernerhin über der Reichsregierung stehen soll: Furchtlos und treu!

Herr Schönermann (S.): Wer Augen und Ohren hatte, mußte herkommen sehen, was wir jetzt alle mit Abscheu und Empörung gesehen haben. Immer frecher erhob sich das Haupt der Reaktion. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Derselben Kreise, die uns in das Elend des Kriegs hineingetrieben, haben auch diese verbrecherische Revolution angezettelt; ich nenne nur Kapp, Bauer, Ludendorff und Janow. Ich muß hier in aller Öffentlichkeit feststellen, daß bei dieser Revolte nur Leute der Rechten beteiligt waren, daß die Deutsch-nat., Volkspartei und die Deutsche Volkspartei kein Wort der Beurteilung dafür gefunden haben, ja sogar der Regierung Kapp' treue Mitarbeit zugesichert haben. Ich glaube mit dieser Parole werden wir die kommende Wahlschlacht anzuheben können. Wenn die Regierung auch nur ein Wort der Verhandlung mit dieser Regierung Kapp eingeleitet hätte, so würden wir heute der Regierung ein Misstrauensvotum ausstellen. Wir müssen all denen dankbar sein, die in diesen schweren Tagen hinter der alten Regierung gestanden haben, so zum besonders den Beamten und der Arbeiterschaft. Wir verlangen gründliche Säuberung der Reichswehr, Entlassung aller Offiziere, die nicht treu zur Republik stehen. Entlassung der Truppen, die amnestiert haben, wir verlangen ferner Auslese unter der Beamenschaft, strengste Verfolgung der Verbrecher in Uniform und Zivil, Konfiskation des gesamten Vermögens. Es lebe die Republik, deren Grundmauer die Demokratie ist, die uns auch zum Sozialismus führen soll. (Lebhafte Beifall.)

Herr Burcke (S.): In die Frühjahrsstunden der Wiedererleuchtung des deutschen Volkes hinein fuhr die Revolution, jene Tat aufwärtiger Freunde, die sich der Hauptstadt des Reiches bemächtelten. Ein einzelner General an der Spitze und ein Mann namens Kapp unvollständigen Angedenkens nannte sich Reichskanzler. Falschheit und Hinterlist, Bruch des Ehrenwortes, Verführung der Soldaten zum Treubruch kennzeichnete die Kräfte, die im Namen dieser Gegenrevolution von rechts unheilvoll wirkten. Mitleid ist gegenüber diesen Verführern nicht am Platz. Die Missetäter müssen hart angesetzt werden. (Zustimmung im Zentrum.) Von einem abweichenden Vorschlag habe ich nichts gehört. Ich habe auch nicht gehört, daß man sich für die Verurteilung der Reichsminister durch das Parlament wählend wählen, kann keine Rede sein; wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Verfassung. Der Ruf, ausschließlich Fachminister an die Spitze der Ministerien zu stellen, ist unzulässig, unvereinbar mit dem parlamentarischen System. In listiger Weise proklamieren die Aufwärtigen Aufhebung der Zwangsverpflichtung. Auch wir sind der Ansicht, daß eine Schikanierung der Verdienste vermieden werden muß, aber die Zwangsverpflichtung gegenüber dem Reich und dem Vaterland, wäre unzulässig. (Beifall.) Vor den Neuwahlen sind noch wichtigste gesetzgeberische Aufgaben abzuhängen. Die Zeitungsnot, daß ich mich von Kapp-Lüttwig als Unterhändler verwenden ließ, weise ich zurück. Die soziale Demokratie, auf deren Boden wir uns gestellt haben, ist gerechert, ihr Geist ist gesiegt. Das Ostpreußen ist uns unüberwältig. (Beifall.) Wir hoffen, daß auch die Rheinlande uns treu bleiben.

Herr v. Bauer (D.D.P.): Erledigt ist der Putsch, erledigt sind auch seine Urheber, aber nicht erledigt sind die unübersehbaren Folgen dieser Tat. An den Wurzeln der Reichseinheit wird gerüttelt, und Jahrzehnte wird es dauern, bis das in Süddeutschland unter dem Eindruck der letzten Tage völlig emporgeschossene Mißtrauen gegen Berlin wieder ausgerottet sein wird. Wir billigen es durchaus, daß die Regierung sich nicht hat auf den Weg der Verhandlungen mit den Aufwärtigen drängen lassen. Noch sind wir über die neue Lage nicht genügend orientiert, aber eins können wir schon mit Bestimmtheit sagen, nach rechts wird sich die Politik unserer Fraktion unter keinen Umständen orientieren. Wir wollen keine Gefinnungsmaßregeln treiben; jeder darf seine eigene Meinung haben, aber er darf sie nicht zum Schaden der Gesamtheit anwenden. Wir erwarten, daß die Gerechtigkeit gegen die Urheber und Missetäter des Putsches unverzüglich und schonungslos ihren Lauf nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Vor einer Woche noch haben sich die Reichsparteien aus sachlichen Gründen für die Wahlen im Herbst eingesetzt. Diese Gründe bleiben bestehen, daran ändert auch die Putschregierung nichts. In der Frage der Präsidentenwahl haben wir in unserer Fraktion nie daran gedacht, die Verfassung zu ändern, ehe sie in dieser Richtung ins Leben getreten ist. Auch wir treten dafür ein, daß den Beamten Vorschläge gemacht werden, wenn die Besoldungsanlage nicht vor dem 1. April verabschiedet werden kann. In der Frage der Fachminister hat meine Fraktion sich selbst bemüht, Fachmänner für die Ministerien zu gewinnen. Mit schweren Sorgen haben wir das Tempo der Entwicklung zum Einheitsstaat verfolgt. In diesem Tempo kann es nicht weiter gehen, man kann nicht nur der Theorie folgen, man muß auch auf das historisch gewordene Rücksicht nehmen. (Lebhafte Beifall.)

Herr Kraut (D.nat.Vp.): Zunächst möchte ich feststellen, daß es der überwiegenden Mehrheit meiner Fraktionsgenossen nicht möglich gewesen ist, hierher zu kommen. (Zuruf: Die sind bei der Kappregierung.) Den schärfsten Protest muß ich einlegen gegen die Jenur, die besonders an den rechtsstehenden Beamten geübt wird und zu einer Anhebung der öffentlichen Meinung führt. Wenn ich zu den Vorgängen der letzten Tage hier nicht angeschlossen soll, so kann ich dies selbstverständlich nur namens meiner anwesenden Freunde tun. Ich bin aber der bestimmten Ansicht, daß meine übrigen Parteigenossen ebenso denken wie ich. (Stille Rufe Zwischenrufe, große Unruhe.) Die Mitglieder der Revolution vom 9. November haben kein Recht, sich zu beschweren. (Stürmische Zurufe, große Unruhe, Putsch.) Eine Revolution geht niemals ohne Schuld der Regierung vor sich, die Gemüter mußten aufgeregt werden, durch den Vorstoß, entgegen den Bestimmungen der Verfassung die Wahl des Reichspräsidenten durch die Nationalversammlung vorzubereiten lassen zu wollen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Auch die Verzögerung der Wahlen hat mit dazu beigetragen, die öffentliche Meinung aufs äußerste zu erregen. (Lebhafte Zwischenrufe und große Unruhe.) So kann es nach unserer Überzeugung nicht weiter gehen. Wir hoffen einen gelunden Boden für ein neues Deutschland zu schaffen. (Zurufe und Putsch.)

Herr Heilmann (S.): Der Protest des Abgeordneten gegen die Anordnungen der Jenur ist unbedeutend. Seine Behauptungen bezeichnen ich als Unrichtigkeit.

Reichsminister Koch: Herr Kraut hat die Stunde benutzt, um Angriffe gegen die Regierung zu richten. Die Abrechnung mit den persönlichen Freunden, die dem Redner nahestehen, will ich auf Berlin verweisen. Wenn er Gründe anführt, die die Ministerien entschuldigen, so hätte ich auch erwartet, daß er ein Wort der Verurteilung findet. Wir sind wie Regierung, die auf der verfassungsmäßigen deutschen Nationalversammlung beruht. Die Parteien, die nicht an der Verfassung festhalten, drängen zu Putschverbrechen.

Herr Dr. Becker-Heffen (D.V.P.) spricht als einziger Vertreter seiner Fraktion. Die Fraktion der deutschen Volkspartei steht in scharfer Opposition der Regierung gegenüber. Sie hat sich bereit erklärt, Zusammenhänge bekämpft und verlangt bei Ratwahl der Männer in erster Linie die sachliche Tüchtigkeit zu berücksichtigen. Wir verurteilen den Putsch in Berlin aufs schärfste. Wir lehnen ihn ab wie die Revolution im November 1918. Für die Nationalversammlung hätten wir es für selbstverständlich, daß sie besonders bemüht sein wird, die Zustände zu beklagen. Die Regierung sollte aus diesem Putsch erkennen, daß sie streng an der Verfassung festhält und die Wahl des Reichspräsidenten bewerkstelligt und Maßnahmen trifft, daß bei der Befugung der Ministerien Fachmänner Berücksichtigung finden. Das wird geeignet sein, Ruhe und Ordnung und Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens zu gewährleisten. Wir verlangen auch heute Aufhebung baldiger Neuwahlen. Ich behaupte, daß vom Reichskanzler ein Zweifel in das objektive Urteil eines deutschen Gerichts gesetzt worden ist. Daß die verantwortliche Reichsregierung eine derartige Empfindung ausgesprochen hat, ist doppelt bedauerlich. Gegenüber dem Abg. Scheidemann betonte der Redner unter Hinweis auf Zwischenrufe, daß dieser die Revolution von 1918 genau so unter Druck der Verfassung gemacht hat, wie die Herren Kapp und Genossen. Aber Sie (zu den Sozialdemokraten) beurteilen die Revolution nach dem Erfolg. Es muß unter aller Aufgabe sein, die Lebensfragen des Volkes zu berücksichtigen.

Herr Hecke (U.S.P.): Gegen den Putsch war das Proletariat einig, aber die Regierung ist mitschuldig an den Vorgängen. Ich bewundere den traurigen Mut, mit dem sie hier auftritt. Es gilt jetzt auch über Bauer bis Koske zu richten. Redner erhält einen Erdnussbrot, als er den Reichskanzler der Lüge beschuldigt.

Herr Helm (Bayr. Volksp.) verurteilt jeden Versuch einer gewaltsamen Verfassungänderung. Meine Partei ist auch für den parlamentarischen Weg, verlangt aber, daß die Parteien bei der Befugung von Ministerposten sachliche Beziehung einsehen. Den unerfahrenen Unparteiischen beklagen wir mit allen Mitteln. Redner gibt eine Darstellung der politischen Lage in Bayern und der Reichsministerbildung. Auf den Generalstreik der Arbeiter konnte ein Verweigerungstreik der Bauern folgen. Wir wollen in Deutschland nicht nur als ein Volk, sondern als ein Volk Deutschland leben.

Reichskanzler Bauer weist den Vorwurf Helms zurück, daß die Regierung gegen die Befugung von Beamtenbeschwerden nicht genügend eingeschritten.



Hg. Weenderger (Dout. Bauernbund): Wir bekämpfen alle Be-
wehungen gegen die Regierung auf demokratischer Grundlage.
Hg. Langwost (Deutscher Bau.): Wir stehen fest zur Verfassung,
protestieren gegen die verfassungswidrige Verhaftung des Hg. Gold-
horn und erklären durch die Verfassung die Reichsunmittelbarkeit
Sinnlos.

Präsident Fehrenbach: Ungeachtet aller Parteigegensätze
verurteilen wir alle mit aller Kraft und Entschiedenheit die-
sen revolutionären Putsch unverantwortlicher Kreise, die in
der kritischsten Stunde des Vaterlandes die Brandfackel ge-
schleudert haben. (Zustimmung). Das Blut der Gefallenen
schreit zum Himmel gegen die, die schuld sind an dem Blut,
das in diesen Tagen geflossen ist. Wir beklagen die Toten
und drücken den Angehörigen derselben unser herzlichstes
Beileid aus. (Das Haus hatte sich erhoben). Wir hoffen,
dass der Generalstreik bald überflüssig werden wird und dass
das deutsche Volk sich wieder zur Arbeit zusammenfindet.
Wir gehen hinaus ins Land, um einzutreten für unser neues
demokratisches Deutschland. In diesem Sinne begrüßen wir
die deutsche Republik als einen Hort der Freiheit, der Dis-
ziplin und Ordnung. Rückkehr zur gemeinsamen Arbeit tut
uns not, dann brauchen wir an der Zukunft des demo-
kratischen Deutschland nicht zu verzweifeln. (Lebhafter Beifall).
Der Präsident erbittet und erhält die Genehmigung, die
nächste Sitzung, die voraussichtlich in Berlin stattfinden
wird, anzuberaumen. Schluss gegen 9 Uhr.

Das Ende des Putsches.

Generaladjutantdirektor Kapp ist am 17. März von
der durch ihn gebildeten Regierung zurückgetreten. Die
„Regierung Kapp“ gehört nach kaum vierstündiger Be-
stehen der Vergangenheit an. Ob das, was er errei-
chen wollte und zum Teil auch erreicht hat, nicht auf an-
deren Wege, als dem des Gewaltgebrauchs zustande zu
bringen war, das hätte er und General Lüttich sich
doch vorher reiflicher überlegen sollen. Auch von den
Rechtsparlamentarier und der Regierung selber wird jetzt
zugelassen, dass die abermalige Verschiebung der Reichs-
tagswahlen auf eine — man kann dies getrost sagen —
ganz unbestimmte Zeit ein Fehler war, ebenso wie
die ausgesprochene Absicht, den Reichspräsidenten ent-
gegen den klaren Bestimmungen der Verfassung nicht
durch das Volk, sondern durch eine eng umschriebene
Bezirke wählen zu lassen. Das hat böses Blut ge-
macht. Aber zu einem Putsch, zur Anwendung von Ge-
walt war kein Grund gegeben, selbst wenn den Urhebern
die dazu erforderlichen Mittel zu Gebote gestanden
hätten. Solche Streifzüge sind keine Neuheiten und sie
werden noch oft kommen. Dagegen steht im demokratisch-
parlamentarischen Verfassungsstaat das Mittel der Volks-
entscheidung und des Stimmzettels zur Verfügung, ge-
gen das sich auf die Dauer keine Regierungsmehrheit hal-
ten kann, wenn die Gründe der Opposition politisch und
moralisch berechtigt sind. Wir haben ja soeben in dem
unfreiwillig-freiwilligen Rücktritt der bayerischen Regie-
rung den Beweis dafür erhalten. Auch die Reichsregie-
rung hat sich, wie neueren Berichten zu entnehmen ist,
der Erkenntnis, dass der innere Frieden am besten durch
weise Mäßigung gewahrt wird, nicht verschlossen. Sie
hat bereits bekannt gegeben, dass sie der veränderten po-
litischen Sachlage Rechnung zu tragen entschlossen sei. Die
fraktionsvorsitzende aller Parteien der Nationalversamm-
lung und der preuß. Landesversammlung sollen sich auf
folgende Punkte geeinigt haben: Die Reichstagswahlen
sollen nun binnen zwei Monaten, spätestens aber An-
fangs Juni stattfinden. Der Reichspräsident wird durch
das Volk gewählt; bis zu dessen Wahl bleibt Ebert Prä-
sident. Die Aufnahme von Fachministern ins Reichs-
kabinett war eigentlich schon im Gang, Schwierigkeiten
machte nur die Personenfrage. Wie verlautet, soll auch
der Wunsch des Heres berücksichtigt werden, dass der
Reichswehrminister ein aktiver Militär sein soll. Ein
weiterer Punkt der Vereinbarung soll die allgemeine Am-
nestie für die politischen Vergehen vom 9. November
1918 bis zum heutigen Tag betreffen. Die dringenden
Sorgstellungen Hindenburgs und des Generals Erdner
und die Vermittlung Märkers wären demnach doch nicht
ganz wirkungslos geblieben. Eine persönliche Stimmung
auf allen Seiten wird die neuen Wunden am besten
heilen.

Die Ereignisse im Land und Reich.

Stuttgart, 18. März.
Kabinettsitzung.
Die Reichsregierung teilt mit: Die gestrige Kabinettsitzung
der Reichsregierung, an der außer den Reichs-
ministern eine Reihe führender politischer Persönlichkeiten
teilgenommen hat, hat sich mit der durch den Rück-
tritt Kapps geschaffenen Lage befasst. Dabei kam der
Laut zum Ausdruck, den die Reichsregierung der Be-
amtenschaft für ihre gute Haltung, der Gesamt-
bevölkerung für die Treue zur Verfassung und zur ver-
fassungsmäßigen Regierung schuldet. Da die Rebellen
zurückgetreten sind, ist der Grund zu der allgemein star-
ken Streikbewegung entfallen. Die schaffenden Kräfte
Deutschlands werden aufgefordert, sich nunmehr für die
angehörige Fortführung des Wirtschaftslebens einzusetzen.
Gegen die Führer der Umsturzbewegung ist sofort bei der
Oberreichsanwaltschaft die Strafverfolgung bean-
tragt worden. Die Polizeibehörden des Reichs sind an-
gewiesen worden, diese Personen sofort festzunehmen. Nomen-
tlich werden zunächst genannt: 1. Landratsabdirek-
tor a. D. Kapp aus Adligsberg, 2. General v. Kä-
stner, Berlin, 3. Regierungspräsident a. D. Jagom,
zuletzt in Berlin, 4. Admiral von Trotha, Berlin

5. der Arzt und Volkswirt Schiele aus Rumburg, 6.
Hauptmann a. D. Papp, Berlin, 7. der frühere Rechts-
anwalt Brederick, zuletzt Berlin, 8. Oberst a. D.
Bauer, Berlin, 9. Kapitän Erhardt, Berlin.

Der Generalstreik.

Der zweite Tag des Generalstreiks verlief in Ruhe und
Ordnung. Das öffentliche Leben nahm seinen geregelt-
ten Gang. Die Streikparole wurde nicht in allen Be-
trieben befolgt. Ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft
leistete Arbeit. Die Ladengeschäfte waren geöffnet, nur
wenige Juweliers hatten geschlossen. Die Unabh. Soz.
Partei veranstaltete, wie schon am Dienstag, Massen-
versammlungen mit der zweideutigen Parole: „Nieder
mit der Reaktion! Es lebe die Herrschaft des Proletariats!“
Der Zentralverband der Forst-, Gärtn- und Weinbauern
Deutschlands richtet an die Landarbeiter einen Aufruf,
in dem er sie auffordert, keiner Generalstreikparole Folge
zu leisten, damit die Feldbestellung nicht in verderben-
bringender Weise verzögert werde.

Aus Berlin.

WTB. Berlin, 18. März. Die Baltikumtruppen und
die Marinebrigade sollen bis heute abend zur Entwaffnung
nach Töberitz zurückgeführt werden. Die Reichs-
freiheitssozialistische Partei wird den Generalstreik nach Mü-
nchen abbrechen. Die übrigen Formations-
einheiten und die Sicherheitswehr bleiben zum Schutz Ber-
lins zurück. Die Gerüchte über Eindringen von bewaff-
neten Unabhängigen und Sportaktivisten sind falsch. Der
Reichsrat und die Unterstaatssekretäre kommen heute alle
zusammen, um die Lage zu besprechen. Der Reichsrat
war während der ganzen Zeit entschlossen, jede Verbin-
dung mit Kapp abzulehnen. Diesem Verhalten und dem
Einsitzen der Unterstaatssekretäre auf die Offiziere ist
es zu verdanken, dass die Hochverräter eine rasche und
vollständige Niederlage erlitten haben.

Berlin, 18. März. In den mittleren und Großbe-
trieben, ebenso in den lebenswichtigen Betrieben wird
von den Arbeitern weiter gestreikt. Auch die öffentlichen
Verkehrsanstalten, die Posten und städtischen Kanzleien
sind heute geschlossen; ebenso die Läden der inneren Stadt.
Die technische Nothilfe ist noch nicht zahlreich genug,
um Gas und Elektrizität in Betrieb setzen zu können.
Viele Truppen durchziehen die Stadt und halten Ruhe
und Ordnung aufrecht.

In der Brunnenstraße wurde ein Soldat vom Pöbel
überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. — Um
10 Uhr abends zerstörte eine Bande zwei große Schau-
fenstergehäuse des Warenhauses Jandorf an der Ecke
der Brunnen- und der Veteranenstraße, raubte die dort
ausgelegten Waren und entfloh mit ihrer Beute.

Nachmittags trat das Gerücht auf, dass bewaffnete
Kommunisten sich in den Vororten sammelten, um die
öffentlichen Gebäude in Berlin zu plündern.

Gestern haben Unabhängige und Kommunisten am Kott-
buser Tor mit dem Bau von Barrikaden begonnen.
Reichswehrtruppen erhielten den Auftrag, diese Barri-
kaden wieder zu zerstören und feuerten von der Admirals-
brücke aus eine Mine ab. Die Mine schlug an der be-
zeichneten Stelle ein. Von den Anführern sind nach
den bisherigen Feststellungen 12 getötet, 8 schwer und
20 leicht verwundet worden.

Zwischenfälle in Berlin.

WTB. Berlin, 18. März. Die auf dem Wilhelm-
platz und Umgebung bei dem Putschversuch aufgestellte
Marinebrigade sammelte sich nachmittags, um durch
das Brandenburger Tor nach Töberitz abzugehen. Bei
dem Ausmarsch der Truppen nahm die Unter den Lin-
den angesammelte Menge in der Gegend des Hotels
Mölon eine drohende Haltung an und rief Schimpfworte
aus. Als Schießbereitschaft kommandiert wurde, ergriff
die Masse eine Panik. Alles stürzte in die offenen
Gassen. In diesem Augenblick fielen mehrere Schüsse,
wodurch zwei Personen schwer verletzt wurden. Als ein
großer Teil der Truppen das Brandenburger Tor bereits
erreicht hatte, drängte die Menge aufs neue nach, worauf
vom Brandenburger Tor eine Maschinengewehrsalve er-
folgte. Dabei wurde eine größere Anzahl Personen schwer
verletzt.

Frankfurt a. M., 18. März. Die Unabhängigen
lehnten den Vorschlag der Reichswehrparteien, den Gene-
ralstreik abzubrechen, ab und beschloßen, den General-
streik fortzusetzen, bis die Gefangenen herabgelassen und
die Kriegsgerichte abgeschafft seien. Die Kommunisten sol-
len sich diesem Beschlusse angeschlossen haben.

WTB. Halle a. S., 18. März. Gestern wurde von
hier aus ein Panzerzug und ein Stoßtrupp der Reichs-
wehr auf Panzerwagen und Lastautomobilen in die Ge-
gend von Eisleben geschickt, wo sich große Ban-
den gebildet haben. Nach lebhaftem Nachgefecht
bemächtigte sich die Reichswehr das Bahnhofs-Eisleben.
Weitere Vorstöße sind im Gang. Auch bei Schlanditz
kämpften von Merseburg aus vorgerückte Truppen mit
den Aufständischen. Im benachbarten Braunkohlengbiet,
besonders im Geiseltal, bilden sich bewaffnete Ban-
den.

Miel, 18. März. Die Führer der Reichswehrpar-
teien forderten in einem Ultimatum den Rücktritt des
Chefs der Marineleitung, Admiral v. Levetzow, des
Oberpräsidenten Lindemann und des Gouverneurs
Major v. Winterfeldt. Der Admiral wies die
Forderung zurück. — Wie das „Hamb. Echo“ mitteilt,
ist der Rücktritt abends erzwungen worden. Die Mil-
itärgewalt hat der Zeitungverleger Dronymus (De-
mokrat), die Polizeigewalt der Sozialdemokrat Garbe
übernommen.

Die sozialdemokratische Fraktion gegen die Verständigung.

Stuttgart, 18. März. Die sozialdemokratische Frak-
tion der Nationalversammlung hat erklärt, dass sie sich
durch die Abmachungen der Fraktionsvorsitzenden mit der
„Regierung Kapp“ und die dabei getroffene Verständ-
igung nicht gebunden erachte; sie fordert vielmehr die
Reichsregierung auf, sofort zur Aburteilung sämtlicher
Mitglieder der Berliner Regierung ein aus Abgeordneten
der Nationalversammlung bestehendes Volksgericht beim
Reichsgericht in Leipzig einzusetzen. In 6 Hauptbezirken
Deutschlands sollen ebensovielfache Untergerichte unter dem
Voritz eines Landgerichtspräsidenten eingesetzt werden
zur Aburteilung der örtlichen Kappverächter. Die Ver-
urteilungen sollen schleunigst beschlagnahmt werden. Der par-
lamentarische Ausschuss der Nationalversammlung solle
sich sofort einberufen werden, um bei der Durchführung
der Maßnahmen mitzuarbeiten.

Wünsche des französischen Geschäftsträgers.

WTB. Berlin, 18. März. Der französische Ge-
schäftsträger hat heute den Vizelanzler Reichsminister
Schiffer besucht und ihm im Beisein des Unterstaatssekre-
tars von Daniel den Wunsch seiner Regierung zu
der schnellen und befriedigenden Lösung der Krise aus-
gesprochen, die unzweifelhaft dazu beitragen werde, den
liberalen und demokratischen Gedanken in Deutschland zu
nützen.

Aufrühr.

Koskod, 18. März. Koskod ist seit gestern in der
Hand der bewaffneten Arbeiter. Bei den Zusammen-
stößen zwischen den Zeitfreiwilligen und der Arbeiterschaft
wurde eine Person getötet und 8 verwundet.

WTB. Kottbus, 18. März. Bewaffnete Arbeiter
hielten vorgestern Arbeitswillige unterwegs von den Tö-
beritz zur Stadt auf. Eine ausgesandte Kompanie Reichs-
wehr erhielt bei dem Dorfe Branitz Maschinengewehr- und
Gewehrfeuer von Arbeitern, die nach kurzem Gefecht
flüchteten unter Zurücklassung von 18 Gefangenen, einem
Maschinengewehr, Waffen, Munition und 2 Schwerver-
letzten. Inzwischen hatten sie noch mehr Verluste. Die
Reichswehr hatte keine Verluste.

WTB. Leipzig, 18. März. Die Straßenkämpfe dau-
erten mit geringen Unterbrechungen bis in die späten
Nachstunden an. Die Arbeiter sind bis in das Stadt-
innere vorgedrungen. Der bayerische Bahnhof ist in
ihrer Hand. Seit Mitternacht herrscht verhältnismäßig
Ruhe. Es finden Verhandlungen unter Teilnahme des
sächsischen Wirtschaftsministers Schwaartz statt, über deren
Ausgang noch nichts bekannt ist. Die Zeitungen sind heute
nicht erschienen. — In Plauen haben die Unruhen
7 Tote und 14 Verwundete gefordert. Der Generalstreik
ist dort beendet.

Aus Reichenbach, Rysan, Reichenau und anderen Orten
des Vogtlandes wurden Unruhen gemeldet.

WTB. Sulz, 18. März. Eine am 14. ds. Mts.
von Zivilbehörden zur Verhinderung von Landfriedens-
bruch herbeigerufene kleine Abteilung von Reichswehr
wurde nach hartem Kampfe überwältigt. Auf beiden
Seiten gab es schwere Verluste. Zum Entsatz heran-
marschierende kleinere Truppenabteilungen wurden zurück-
genommen, da das ganze Gebiet in hellem Aufruhr
ist. Seitdem bilden sich organisierte bewaffnete Ban-
den, die in Richtung auf Reiningen, Eisenach und Erfurt
vorstoßen. Die Gegend von Reiningen nach Ohrdruf ist
besetzt.

WTB. Kassel, 18. März. Ein kommunistischer Volk-
zugrat hat die Regierung in Händen. Es kam zu
schweren Kämpfen zwischen den Truppen und den Auf-
ständischen, die unter Bruch eines abgeschlossenen Waffen-
stillstands eine Kaserne der Sicherheitspolizei angriffen.

WTB. Erfurt, 18. März. Ein Standgericht ist ein-
gesetzt. In Eisenach herrscht völlig Ruhe. In Schmalk-
alden hat sich ein Aktionsausschuss der Arbeiterschaft
des Kreises gebildet und die öffentliche Gewalt übernom-
men. In Langensalza wird seit heute morgen gekämpft.
Der Pöbel plündert Mühlen und Bäckereien.

Roske zurückgetreten.

In der Nationalversammlung wurde von einem Redner
das Gerücht mitgeteilt, dass Reichswehrminister Roske
sein Amt niedergelegt habe.

Eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei.

WTB. Berlin, 18. März. Die Parteileitung der
Deutschnationalen Volkspartei erlässt eine Erklärung,
in der die Verantwortung für die jüngsten Ereignisse den
Reichswehrparteien und der aus ihrer Mitte gewählten
Regierung zugeschoben wird und worin es dann weiter
heißt: Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei ist
stets von dem Grundsatz geleitet worden, dass eine Hebung
unserer politischen Zustände nur auf verfassungsmäßigen
Wege erfolgen darf. Dagegen ist unsere Stellungnahme zu
der Regierung Kapp, wie zu den Vorgängen des 18. März
klar gegeben. Nachdem die Ereignisse des 18. März ein-
getreten waren, hielten wir es demgemäß für unsere Auf-
gabe, dafür zu sorgen, dass wieder verfassungsmäßige Zu-
stände herbeigeführt, dass gegen den sehr Haupt erhebenden
Volschweismus die Einheitsfront hergestellt und dass die
Wahlen zum Reichstago und die Wahl des Reichsprä-
sidenten alsbald vollzogen werden. In Verhandlungen, an
deren Förderung unsere Partei unermüdet bemüht war,
ist dieses Ziel erreicht und schwerer Unheil vermieden wor-
den. Die verfassungsmäßige Bahn für die Bewirkung
unserer Ziele ist frei, auf ihr wird die Deutschnationalen
Volkspartei marschieren.



Weltere schwere Zusammenstöße in Berlin.

W.B. Berlin, 18. März. Heute Vormittag wurde das Schützenhaus, wo sich Teile der Einwohnerwehr befinden, von einer großen Menschenmenge angegriffen. Einigen Anführern gelang es in der allgemeinen Verwirrung ins Rathaus einzudringen. Verstärkungen von der Reg. Wache (Wilmerdors) rückte an. Sie wurden mit Schüssen und Pfeifen empfangen und arg bedrängt, so daß sie von ihren Schußwaffen Gebrauch machen mußten. Zwei Personen erlitten dabei schwere Verletzungen. Mit aufgezogenem Bajonett säuberte man die Haupt- und die Bahnhofsstraße, wobei einige Rädelführer festgenommen werden konnten. Beim Vorwärtsgelände in der Lindenstraße wurden Soldaten überfallen und mißhandelt. Verstärkungen aus der Doehnhofsstraße gingen gegen die Menge vor und trieben sie auseinander. Die Birkenstraße bis zur Hollwandsstraße ist mit Maschinengewehren besetzt.

W.B. Berlin, 18. März. Zu schweren Zusammenstößen ist es heute Nachmittag abends am Rotbühl-Tor gekommen. Die Sicherheitskollater wurden von der Menge fast bedrängt. Es gelang dem Pöbel, einen Offizier und mehrere Soldaten ins Wasser zu werfen. Schließlich rückte eine ganze Wache an, die von einem Kraftwagen aus die Menge mit Maschinengewehrfiren betrieb. Es sollen 15 Tote und 20 Verletzte auf dem Platz geblieben sein.

W.B. Kiel, 18. März. Zwischen bewaffneten Arbeitern und Reichwehrruppen sind hier schwere Kämpfe im Gange. Die Verluste auf beiden Seiten sind erheblich.

Der Vertreter der engl. Regierung über seine Eindrücke.

W.B. Bern, 18. März. Der in Stuttgart eingetroffene Vertreter der englischen Regierung, Robertson, erklärte dem Berichterstatter der „Baseler Nachrichten“, das Durchdringen des demokratischen Gedankens in Deutschland habe einen durchaus guten Eindruck hervorgerufen. Seine Entlassung nach Stuttgart habe die Haltung der englischen Regierung in der Frage der Anerkennung der Regierung Hert Bower völlig klargestellt, es scheine ihm, daß die Regierung Hert Bower wieder fest im Sattel sitze. Nur eine wahrhaft demokratische Regierung könne den Frieden gewährleisten. Er wünsche, daß die Ernährungsverhältnisse in Deutschland sich besserten und daß die Kohlenversorgung helfe, damit Deutschland zum inneren Frieden komme und damit auch ganz Europa endlich in den wirklichen Frieden eintreten könne.

Neues vom Tage.

Zum Sieg in Schleswig.

W.B. Stuttgart, 18. März. Von dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichsminister des Innern ist nach Bekanntwerden des Abstimmungsresultates in der 2. Zone von Schleswig an den deutschen Kommissar in Helsingborg nachstehendes Telegramm abgesandt worden: Staatskommissar Köster, Helsingborg. Der Sieg der Krone, den die Deutschen in der 2. Abstimmungszone errangen haben, ist ein Lichtblick in dunklen Tagen. Auch in Nord und Ost haben die Deutschen in der Nordmark das alte Vaterland nicht verlassen. Ihre Kraft bleibt dem alten Vaterland, ihr Vertrauen gehört Deutschland der Freiheit und Ordnung. Sie haben dem gesamten deutschen Volke durch diese Bekundung ihres Vertrauens in seine Zukunft einen hohen Dienst geleistet. Der Reichspräsident spricht allen Deutschen, die mitgeholfen haben, den Dank des Reiches aus. Der Reichspräsident gez. Ebert. Der Reichsminister des Innern gez. Koch.

Das neue Kabinett in Ungarn.

W.B. Budapest, 18. März. Das Kabinett Semovyl Semadam stellte sich heute der Nationalversammlung vor. Der Ministerpräsident betonte, der Renaissanc der Zukunft könne nur auf wirtschaftlicher Grundlage erfolgen. Zu den dringenden Aufgaben gehöre eine Bodenreform. Die Judenfrage dürfe nur in ruhigen und überlegten Zeiten aufgrund des Prinzips der Gleichberechtigung der Staatsbürger gelöst werden.

Justizmord.

Paris, 18. März. Das Kriegsgericht verurteilte den Offizier Hoffmann wegen „Einverleumdung mit dem Feind“ zu 20 Jahren Festung. Der Verurteilte hatte im Jahre 1915 dem deutschen Gesandten in Bern v. Romberg, und dem deutschen Militärattachee, v. Bismarck, keine Dienste angeboten.

Die Besetzung Konstantinopels.

W.B. London, 18. März. Im Unterhaus gab Bonar Law folgende Erklärung ab: Aus schon früher angeführten Gründen wurde beschlossen, daß die britische Regierung in Verbindung mit ihren Verbündeten Konstantinopel besetze. Die allgemeine Verwaltung der Stadt werde die Militärs nicht übernehmen, jedoch werde das Kriegs- und Marineministerium besetzt und über den Post-, Telegraphen- und Schiffsahrtverkehr eine Kontrolle ausgeübt werden.

Krieg im Osten.

W.B. London, 17. März. Nach einer russischen Meldung hat Denikin Jelaterinodar am 14. März eingenommen.

W.B. Döbeln, 17. März. Die interalliierte Kommission für Oberschlesien hat dem bisherigen Landrat in Kreuzburg ausgewiesen.

W.B. Weidzen, 17. März. Nach hiesigen Nachrichten herrscht in ganz Polen der Eisenbahnstreik.

Alles

was für Sie politisch und wirtschaftlich von Interesse ist, erfahren Sie in der Zeitung

Aus den Tannen.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 19. März 1920.

Die Erzählung und verschiedene Artikel nahmen wir heute des ungeheuren politischen Stoffandrangs, insbesondere des großen Nationalversammlungsbereiches wegen, zurückstellen. Wir bitten um Nachsicht. Die Schriftleitung.

Autorenlehr Willbad - Erzählserie. In den Jahrgängen des Postboten Willbad Erzählserie tritt folgende Änderung ein:

Willbad ab 1/10 Uhr, Erzählserie ab 1/11 Uhr, Erzählserie ab 12 Uhr, Willbad ab 1 Uhr zum Anschluß an den Jng Willbad ab 1.32 Uhr.

Verkehrsjahre. Vom Donnerstag, 18. März an verkehren wieder werktags zwischen München und Ulm die Schnellzüge D 4 (München ab 12.00 Uhr) und D 53 (München ab 11.00 Uhr). Damit ist die durch diese Schnellzüge eingerichtete durchgehende Verbindung von München über Ulm-Stuttgart-Buchloe nach Saarbrücken und Mannheim-Frankfurt a. M. und umgekehrt wieder hergestellt.

Die Badische Bibelgesellschaft feierte am 18. März ihr 100jähriges Bestehen.

Regold, 18. März. (Streik) Hier hat sich gestern eine große Anzahl von Arbeitern dem Sympathiestreik angeschlossen. Im Löwen fand eine Protestversammlung gegen den Mittwächter in Berlin statt.

Freundenstadt, 18. März. (Streik) Der von den Vereinigten Gewerkschaften auf den gestrigen Mittwoch anberaumte Generalstreik wurde mit Ausnahme lebenswichtiger Betriebe und einzelner kleinerer Geschäfte allgemein durchgeführt. Nachmittags fand im Sternensaal eine sehr zahlreich besuchte Protestversammlung statt.

Reisenbürg, 17. März. (Streik) Die Vereinigten Gewerkschaften riefen hier einen allgemeinen einseitigen Streik aus, um gegen die Berliner Postdirektion zu protestieren. Fast alle Betriebe ruhten. Um 10 Uhr Vormittags fand eine große Protestversammlung statt.

Stuttgart, 18. März. (Rißglocke) Von den 7 Rißglocken, die gestern nachmittag über Stuttgart kreisten, geriet einer beim Landen im Gaisburger Wald in die Bäume. Das Flugzeug wurde stark beschädigt, der Flieger blieb unverletzt.

Stuttgart, 18. März. (Wärtt. Staatsschulbuch) Mitte März 1920 waren im Wärtt. Staatsschulbuch 158 237 600 M. eingetragen, davon 113 Mill. 592 100 M. zu 4 Prozent, 44 113 100 M. zu 3 1/2 Prozent und 532 400 M. zu 3 Prozent verzinslich.

Stuttgart, 18. März. (Landwirtschaftlicher Hauptverband) Der Landwirtschaftl. Hauptverband beschloß, das „Landw. Wochenblatt“ mit der Landwirtschaftskammer als gemeinsames Organ herauszugeben. Ferner wurden zwei Assistentenbeamte angestellt, einer in Ulm und einer in Rotweil.

Heilbronn, 18. März. (Kein Generalstreik) Die Vertreter der Gewerkschaften haben die Beteiligung am Generalstreik als unnötig abgelehnt.

Gmünd, 18. März. (Folgen des Generalstreiks) Nach den Verhandlungen der Gewerkschaften am Mittwoch vormittag forderten die Freien Gewerkschaften vor dem Rathaus die Entlassung der Einwohnerwehr und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Das Rathaus wurde militärisch besetzt und die Einwohnerwehr zur Bereitschaft aufgerufen. Nachmittags war Gemeinderatsitzung, in der die Vertreter beider sozialistischen Parteien die sofortige Entlassung der Reichswehr aus dem Rathaus verlangten und als diese verweigert wurde, den Saal verlassen. Die Forderung auf Übergabe der Waffen wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Auf dem Marktplatz kam es zu unruhigen Szenen, die die ganze Nacht hindurch dauerten. Eine Eierhandgranate flog durchs Rathausfenster einem Soldaten vor die Brust, ohne zu explodieren. Ein Leutnant wurde durch einen Revolverbeschuß getroffen, der aber am Taghelfen abstarb. Als im Lauf des Nachmittags Verstärkungen eintrafen, wurde ein Teil des Marktplatzes abgesperrt. Heute ist die Arbeit wieder aufgenommen worden und die alte Ruhe und Ordnung wieder eingetreten.

Ulm, 18. März. (Der Generalstreik abgelehnt) Die Reichheitssozialisten lehnten es im sog. Aktionsausschuß durch, daß der Generalstreik abgelehnt wurde. Der Sympathiestreik für die Regierung sei ein Rufus, der beide Sympathiebände sei zu arbeiten.

Letzte Nachrichten.

W.B. Berlin, 18. März. In einem Aufruf an die Reichswehr fordert General v. Seeckt im Auftrag des Reichswehrministers Kestke diese auf, wie früher gegenüber jedem Versuch zur Aufhebung des Bolschewismus einig zusammenzusehen und das Wohl des Vaterlandes allen anderen Rücksichten voranzustellen.

W.B. Paris, 19. März. Die Bolschewistenkonferenz vom 18. März hat jede Entscheidung über die Ereignisse in Deutschland und die Zwischenfälle in Berlin, Bremen und Weimar vertagt.

W.B. Düsseldorf, 19. März. In einem von der Generalstreikleitung verbreiteten Flugblatt wird der Abbruch des Generalstreiks proklamiert. Die Kommunisten die gestern Nachmittag eine Versammlung unter freiem Himmel abhielten, fordern dagegen die Fortsetzung des Generalstreiks bis zur Errichtung der Räterepublik und verhindern jetzt die Verteilung des Flugblatts der Generalstreikleitung, das zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert.

W.B. Dresden, 19. März. Die Regierung hat den Ausnahmezustand über das Gebiet der Kreishauptstadt Leipzig verhängt.

W.B. Berlin, 19. März. Die Marinebrigade Ehrhardt die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in Berlin einmarschierte, ist gestern aus Berlin herausgeführt worden.

W.B. Braunschweig, 19. März. Die Streikleitung hat den Abbruch des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit für heute Freitag beschlossen.

W.B. Berlin, 19. März. Wie bereits gemeldet, ist es gestern Nachmittag beim Abmarsch der Baltikstruppen am Brandenburger Tor zu schweren Zusammenstößen gekommen. Durch das Gewehrfeuer wurden 12 Personen getötet und 30 schwer verletzt. Als sie auf dem Weidenmarkt zum zweiten Male in Charlottenburg von einer großen Menge angegriffen und versucht wurde, die Soldaten zu entmischen, gaben sie abertausend Feuer, wodurch mehrere Personen getötet und verwundet wurden.

W.B. Düsseldorf, 19. März. Abgesehen von einigen unbedeutenden Schieberereien ist der gestrige Tag hier ruhig verlaufen. Der Eisenbahnverkehr ist wieder gänzlich eingestellt; nur Lebensmittel- und Kohlenzüge verkehren.

W.B. Kottbus, 18. März. Die Rote Garde der Umgegend von Kottbus, hauptsächlich aus Arbeitern des Senftenberger Braunkohlereviers zusammengesetzt, hat gestern Nachmittag der Reichswehr, die Artillerie benötigte, ein großes Gefecht zwischen Preßlau und Kottbus geliefert. Die Reichswehr hatte 2 Tote, 4 Verwundete und machte 80 bis 90 Gefangene. Die blutigen Verluste der Arbeiter werden auf 50 bis 60 Mann geschätzt.

W.B. Bern, 18. März. Mit einem Gefühl wohlhoher Freude und Anteilnahme begrüßt die schweizerische Presse den Sieg der deutschen Demokratie über die reaktionären Putschisten. Die „Baseler Nachrichten“ nennen die bolschewistische Gefahr das einzig richtige Resultat des Putsches. Das Blatt weist im Gegensatz zu den Behauptungen der französischen Presse darauf hin, daß die Vorgänge in Deutschland nicht die Gefährlichkeit, sondern die Schwäche des Militarismus enthüllt hätten, so daß alle von der französischen Presse gezogenen Schlüsse für die Notwendigkeit einer härteren Behandlung Deutschlands vollständig in der Luft schweben.

W.B. Haag, 19. März. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington: Im Repräsentantenhaus wurde ein Gesetzentwurf eingebracht der für Deutschland einen Regierungskredit von einer Milliarde Dollar zwecks Ankaufs von Lebensmitteln und Rohstoffen vorsieht. Deutschland soll für diesen Kredit Sicherheiten geben, die durch die Wiederauswachsungsmission genehmigt werden müssen.

W.B. Bukarest, 19. März. Infolge der Opposition der Liberalen, der Konservativen und der Progressiven ist das Kabinett Maidu zurückgetreten. Der König hat General Avetescu mit der Bildung einer neuen Regierung betraut.

W.B. Mailand, 18. März. Der „Secolo“ berichtet aus Rom, daß der Eisenbahnstreik in Italien endgültig erledigt ist. Es ist ziemlich sicher, daß die Regierungsbeschlüsse so ausfallen werden, daß alle Eisenbahncategorien dadurch befriedigt und Meinungsverschiedenheiten behoben sein werden.

Handel und Verkehr.

Wolffegg, 18. März. (Mißgauer Pelzmarkt) Der letzte große Pelzwarenverkauf hier zeitigte fabelhafte Preise: Für Edelmarder wurden 2800 M., für Fuchspelze je 700-800 M., Rehdeden je 85 M., Dirschbeden je 100-150 M., Zacks 250 M., Hasenbälge 25 M. bezahlt. Der Besuch wie die Nachfrage waren sehr stark.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Eubel, Emil. Druck und Verlag: bei E. Pfeiffer'scher Verlagsdruckerei Ulm.

Advertisement for Scheunen-Bauten (Warehouses) featuring a drawing of a building and text: System „Müller“, Scheunen-Bauten jeder Art, Feldschuppen, Erdbecken, Gerstenschuppen, Brunnhöfe und Freizeitanlagen zum Beispiel, AMBI, Abt. I/ Berlin-Johannisthal, Leipzig, Baumesse, Kaum 14 14a

